

RS UVS Kärnten 1992/01/28 KUVS- 2/2/92

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 28.01.1992

Rechtssatz

Die Auskunft gemäß § 103 Abs 2 KFG, welche den Namen und die Anschrift der betreffenden Person enthalten muß, hat der Zulassungsbesitzer zu erteilen; kann er diese Auskünfte nicht erteilen, so hat er die Person zu benennen, die die Auskünfte erteilen kann, diese trifft dann die Auskunftspflicht; die Angaben des Auskunftspflichtigen entbinden die Behörde nicht, diese Angaben zu überprüfen, wenn dies nach den Umständen des Falles geboten scheint. Die Auskunft ist unverzüglich, im Falle einer schriftlichen Aufforderung binnen zwei Wochen nach Zustellung zu erteilen; wenn eine solche Auskunft ohne entsprechende Aufzeichnungen nicht gegeben werden könnte, sind diese Aufzeichnungen zu führen. Gegenüber der Befugnis der Behörde, derartige Auskünfte zu verlangen, treten Rechte auf Auskunftsverweigerung zurück. Im Verwaltungsstrafverfahren besteht eine Mitwirkungspflicht des Beschuldigten. Unterläßt er es, Gegenbeweise anzubieten, so bedeutet es keinen Verfahrensmangel, wenn die Behörde erster Instanz von Amts wegen keine weiteren Beweiserhebungen durchführt. Die Auskunftspflicht des Zulassungsbesitzers kann nicht durch dessen Entstehen für das in Verfolgung gezogene Delikt ersetzt werden.

Quelle: Unabhängige Verwaltungssenate UVS, <http://www.wien.gv.at/uvs/index.html>

© 2024 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at